



Federführung: Fachbereich Umwelt und Bauen
Beteiligte(r): Büro des Rates und des Bürgermeisters
Fachbereich Finanzen und Beteiligungen
Auskunft erteilt: Herr Schenkel
Telefon: 02521 29-310

Vorlage

zu TOP

2021/0069/10

öffentlich

Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2021 für den Bereich Bauen, Umwelt, Klimaschutz, Energie und Vergaben

- Dachbegrünung auf öffentlichen Gebäuden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
16.03.2021 Entscheidung

Beschlussvorschlag: Sachentscheidung

ohne

Kosten/Folgekosten

ohne

Finanzierung

ohne

Begründung:

Rechtsgrundlagen

Klimaschutz erfolgt eigenverantwortlich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sowie auf der Basis des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Demografischer Wandel

Aspekte des demografischen Wandels sind nicht zu berücksichtigen.

Erläuterungen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2021, dass die Verwaltung prüft, welche städtischen Dachflächen für eine entsprechende Dachbegrünung geeignet sind und diese gegebenenfalls auf Teilen der Dachflächen der Sekundarschule und der neuen Grundschule Mitte unter Auslotung von Fördermöglichkeiten umgesetzt werden kann.

Im Rahmen der Maßnahmen zum Klimaschutz der Stadt Beckum ist eine Prüfung innerhalb des ersten Halbjahres 2021 zur Installation von Dachbegrünungen an städtischen Gebäu-

den im Bestand sowie bei der Errichtung von städtischen Neubauten vorgesehen. Ziel der Maßnahme ist die grundsätzliche Prüfung einer Dachbegrünung bei Bestandsgebäuden sowie die Festlegung einer Dachbegrünung bei städtischen Neubauten als Standard.

Aktuell werden Dachbegrünungen auf städtischen Gebäuden vom Land Nordrhein-Westfalen und dem Projektträger Jülich (PtJ) durch das SONDERPROGRAMM „KLIMARESILIENZ IN KOMMUNEN“ mit bis zu 100 Prozent bezuschusst.

Die minimale Zuwendung beträgt 50.000 Euro. Anträge hierzu können bis zum 31.12.2021 eingereicht werden.

Anlage(n):

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021